

## Israel / Gaza

# Schon wieder: Ein neuer, alter Krieg

Als ob es nicht genug wäre, dass mitten in Europa Krieg zwischen Russland und der Ukraine herrscht. Jetzt ist auch der alte Krieg zwischen Israel und den Palästinensern neu entbrannt. Der schwelt schon seit der Staatsgründung Israels 1948 und wird bei jedem Aufflackern brutaler und sinnloser. Neu ist nur die erbarmungslose Einseitigkeit, mit der unsere Regierung auf diesen Krieg reagiert und mit der in den „westlichen“ Medien über ihn berichtet wird. Die Gedanken sind frei? Vielleicht noch – aber schon lange nicht mehr ihre Äußerung. Mit der Keule des „Antisemitismus“ wird jede Aussage, die von der bedingungslosen Unterstützung der israelischen Kriegspolitik auch nur um einen Millimeter abweicht, niedergeschrien oder lächerlich gemacht. Dabei wird ernsthaft bezweifelt, dass man das Vorgehen der Hamas wie jeder zivilisierte Mensch verurteilt. Es wird vielmehr so getan, als würde man diese Islamisten unterstützen, wenn man Sinn und Zweck der israelischen Bombardierung von Gaza in Frage stellt. In diesem dicht besiedelten Gebiet (5.328 Menschen pro km<sup>2</sup>, das sind doppelt so viele wie in Köln) ist die behauptete Vermeidung von „Kollateralschäden“ schier unmöglich, und

es kommt zwangsläufig zum massenhaften Tod von Unbeteiligten, darunter auch vielen Kindern. Um bei unserem Eintreten für den Frieden dem automatischen, fast schon pathologischen Vorwurf des Antisemitismus entgegenzutreten, werden wir hier ausschließlich israelische und jüdische Stimmen zu diesem Krieg zu Wort kommen lassen. „Beginnen wir mit drei bemerkenswerten Aussagen. Die erste lautet: Die israelische Armee sei im Gazastreifen und Westjordanland eine ‚brutale Besatzungsmacht‘. Die zweite: In ebendiesen Gebieten mache Israel das ‚Leben von Millionen Menschen unerträglich‘ und Sorge für ein ‚anhaltendes Leiden‘. Die dritte Aussage: Durch die Kontrolle über eine ihm feindlich gesinnte Bevölkerung, werde Israel zu einem Sicherheitsstaat, in dem die Demokratie und Freiheit der Rede zunehmend unter Druck gerate. Diese Aussagen stammen nicht von propalästinensischen Aktivisten [...]. Die erste ist von Avraham Schalom, Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Bet von 1981 bis 1986. Die zweite kommt von Karmi Gilon, Chef des Schin Bet von 1995 bis 1996. Die dritte von Juval Diskin, Leiter des Schin Bet von 2005 bis 2011. Man

findet sie alle in Dror Morehs 2012 erschienenem und Oscar-nominiertem Dokumentarfilm „The Gatekeepers“, in  
Fortsetzung auf Seite 2

### Ein Bankautomat für die Altstadt in Walldorf

Am 30. Juni 2023 schloß die Kreissparkasse ihre Filiale in der Langstraße. Sie ist jetzt nur noch am nördlichen Ortsrand beheimatet – anderthalb Kilometer entfernt. Das führte zum geharnischten Protest der betroffenen Anwohner. Eine Unterschriftensammlung wurde gestartet. Am 12. September wurden die ersten 600 Unterschriften übergeben. Doch die Kreissparkasse stellt sich taub. Ende Juli hieß es noch: „Herr Kleinle (Vorstandsvorsitzender) kommt gerne zu einem der genannten Termine in unser Beratungszentrum nach Walldorf in der Aschaffenburger Straße, um die Unterschriftenliste von Ihnen und einer weiteren Person in Empfang zu nehmen“. Annemarie Rügner (Kiosk Eder) machte sich mit einigen der betroffenen Einwohner auf den Weg, um die Unterschriften zu übergeben. Weil „Klappern zum Handwerk gehört“, nahm sie dazu die Hilfe eines Freundes in Anspruch, der sie mit einem historischen Hanomag-Traktor und einem Anhänger dorthin brachte, was einiges Aufsehen erregte. Als „weitere Person“ hatte sich DKP/LL-Stadtrat Alfred J. Arndt zur Verfügung gestellt. Die beiden wurden dann allerdings nicht „im Beratungszentrum“ von Herrn Kleinle empfangen. Stattdessen wurden sie von einer für „Qualitätsmanagement/ Unternehmenskommunikation“ zuständigen Dame in der Schalterhalle im



Getötete Kinder in Gaza. "Alle Kinder müssen unsere Kinder sein!" (Hermann Gmeiner, Gründer der SOS-Kinderdörfer)  
Bildquelle: Ansa Al-Sharif

Fortsetzung von Seite 1

dem mehrere Ex-Leiter des Inlandsgeheimdienstes interviewt werden“<sup>1</sup>

Michael Ben Jair, Generalstaatsanwalt in der Regierung Rabin (1992-1995), schrieb kürzlich in der Ha'aretz: „Der Sechstagekrieg (Juni 1967) wurde uns aufgezwungen, aber der siebte Tag des Krieges, der am 12. Juni 1967 anbrach, dauert bis heute an und resultiert aus unserer eigenen Entscheidung. Mit Begeisterung sind wir zu einer Kolonistengesellschaft geworden, die internationale Verträge missachtet, Grund und Boden beschlagnahmt, Siedler aus Israel in die besetzten Gebiete verbringt, Diebstahl begeht und für all das noch irgendwelche Rechtfertigungen findet.“ Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant hat eine totale Belagerung des Gazastreifens angeordnet: „Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff geben, alles ist abgeriegelt. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend“. Dazu bemerkte Omer Bartov (\*1954 in Israel), Professor an der Brown University in Providence,

Fortsetzung von Seite 1

Stehen abgefertigt. Herr Kleinle hatte sich in letzter Minute entschuldigen lassen. Auch Thomas Will, als Landrat Verwaltungsratsvorsitzender der Bank, „babbelt sich raus“. In einem Schreiben an eine Einwohnerin, die spontan angeboten hatte, ihr Grundstück in der Langstraße für einen Bankautomaten zur Verfügung zu stellen, schrieb er: „Uns ist wichtig, dass eine Sparkasse vor Ort sein sollte. In Ihrer konkreten Situation ist das Fall, da in Walldorf in der Aschaffener Straße ein personenbesetztes Beratungszentrum mit barrierefreiem Zugang zum Selbstbedienungsbereich und dem Beratungszentrum vorhanden ist. Diese Filiale ist mit circa 1,4 km nah an der ursprünglichen SB-Filiale“. Für einen geübten Radsportler wie Thomas Will mögen 1,4 km „nah“ sein – für die meisten Altstadtbewohner sind sie es nicht. Dazu übersieht Landrat Will geflissentlich zwei Dinge: Zum ersten sollte er sich als Verwaltungsratsvorsitzender dazu verpflichtet fühlen, die Interessen der Einwohner zu vertreten. Immerhin ist die Kreissparkasse keine großkapitalistische Geschäftsbank, sondern per Satzung verpflichtet, für „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ da zu sein, und „kommunale

Rhode Island, USA: „Solche Äußerungen sind ein klarer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und würden es rechtfertigen, Galant wegen der Anordnung von Kriegsverbrechen vor den Internationalen Strafgerichtshof zu stellen.“ Dabei hatte doch Theodor Herzl, der geistige Vater des Zionismus, der 1948 zur Gründung Israels führte, in seinem Buch „Der Judenstaat“ geschrieben: „Und fügt es sich, daß auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren.“ Ihm schwante aber schon, dass sich seine Nachfolger nicht daran halten würden: „Macht keine Dummheiten, während ich tot bin“, schrieb er ihnen kurz vor seinem Tod im Jahr 1904. Wir bleiben dabei: Diese ewige Spirale von Rache und Gegenrache kann nur durch Friedensverhandlungen gestoppt werden. Das wäre mit dem Oslo-Vertrag 1993 schon einmal fast geglückt. Hintertrieben wurde die Umsetzung der Vereinbarungen damals durch den Likud, die

Partei von Benjamin Netanyahu, und durch die Ermordung des damaligen Staatschefs Yitzchak Rabin durch einen israelischen (!) Attentäter. Wir unterstützen den Standpunkt der Israelischen Kommunistischen Partei (MAKI), die am 8. Oktober 2023 schrieb: „Die heutigen Ereignisse zeigen, in welche gefährliche Richtung die Netanyahu-Regierung und die Siedler die gesamte Region führen, und unterstreichen einmal mehr, dass es keine Möglichkeit gibt, den Konflikt zu verwalten oder militärisch zu lösen – es gibt nur eine Lösung: Sich um ein Ende der Besatzung zu bemühen und die legitimen Forderungen und Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Das Ende der Besatzung und die Schaffung eines gerechten Friedens sind ein eindeutiges und gemeinsames Interesse beider Völker in diesem Land.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Nils Markwardt, DIE ZEIT, 23. Oktober 2023, Quelle: zeit.de/kultur/2023-10/debatte-israel-deutschland-nahost-konflikt?utm\_source=pocket-newtab-de-de, aufgerufen am 27.10.2023 13:20

<sup>2</sup> Quelle: maki.org.il/en/?p=31248, aufgerufen am 27.10.2023, 18:00

Belange zu fördern“. Zum anderen ist die Schließungsaktion in Walldorf kein Einzelfall. Report Mainz stellte schon am 29.3.2023 fest: „Bundesweit schließen Sparkassen Filialen, bauen Geldautomaten ab, ziehen sich aus der Fläche zurück. Experten stellen in Frage, ob die Geldhäuser ihrem gesetzlichen Auftrag noch gerecht werden.“ Und weiter: „Die Sparkassen wagen einen Kahlschlag. Seit Jahren schon nimmt die Zahl der Zweigstellen bundesweit deutlich ab: sie sank von 16.892 im Jahr 2000 auf 7.732 im Jahr 2021. Komisch irgendwie, angesichts des Images, das die Sparkassen selbst seit Jahren präsentieren, in aufwendig produzierten Werbespots“. <sup>1</sup> Einer davon verspricht: „Persönliche Beratung, quasi

überall kostenfreie Geldautomaten, immer eine Filiale in der Nähe und das alles in einem Konto.“

Es bleibt also bei der berechtigten Forderung der Walldorfer Altstadtbewohner: Die Kreissparkasse muss ihren Verpflichtungen folgen und am alten Standort in der Altstadt (oder seiner unmittelbaren Nähe) eine „Minifiliale“ einrichten. Möglich sein müssen dort die 4 grundlegenden Funktionen: Geld einzahlen, Geld auszahlen, Überweisungen tätigen sowie Kontoauszüge einsehen und ausdrucken.

<sup>1</sup> Quelle: daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/sendung/2023/Sparkassen-Kritik-100.html, aufgerufen am 27.10.2023, 13:15



# Das Aldi-Lager: Monumental

Vor einigen Jahren hat eine Familie ihren Garten aufgegeben, weil sie Zaun und Hüttchen abreißen mußte. Die Grünen hatten durchgesetzt, daß im Außenbereich keine Bauten geduldet werden. Der Garten durfte verwildern, die Familie künftig ihr Gemüse bei Aldi erwerben. Fahren Sie einmal Richtung Langen, sehen Sie auf der linken Seite, wo der Garten lag, nämlich genau da, wo jetzt das größte Gebäude der Stadt entsteht: das Aldi-Hochregallager, auch Monument des Schreckens genannt. Muß es abgerissen werden? Nein, Trick 17-A: man hat einfach den Außenbereich in einen Innenbereich umgewandelt. Das Mahnmal erinnert künftige Generationen an den Irrsinn kapitalistischen Wachstumszwanges und an die traurige Geschichte einer Partei, die einst angetreten war, die Natur zu bewahren. Die Grünen haben dem Drängen der anderen Kapitalparteien nachgegeben und das Wahnsinnsprojekt mit auf den Weg gebracht. Im September war der erste Spatenstich. Der erste?

Wochen vor dem ersten Spatenstich waren die Bauarbeiter schon am Schaffen – mehr mit Baggern als mit der Schippe. Aber was zählen schon Bauarbeiter? Los geht's für die Geschichtsschreiber erst, wenn die taillierten Hemden mit den politischen Figuren Sekt und Schnittchen in die Kameras halten.

Der Bürgermeister meinte, in Richtung der protestierenden Kommunisten gewandt, das Vorhaben sei schon 2013 auf den Weg gebracht worden. Stimmt. Da-

mals hat Herr Urhahn von den Grünen mit der SPD die Erweiterung des Gewerbegebiets Ost durchgesetzt. Auch "Fraport Casa", eine Immobiliendochter der Fraport, ist in diesem Gebiet aktiv. Der Bürgermeister meinte noch, es seien Ausgleichsflächen ausgewiesen. Kann ja sein, aber der Erdball ist rund und schwer zu erweitern. Die Schnellbahn neben der Autobahn wird viel Wald fressen. Den Waldverlust wird Aldi mit Dach- und Fassadenbegrünung ausgleichen. Prost, auf's Klima, Herr Bürgermeister!

- kon



Erster Spatenstich, Wald wird es hier keinen geben. Ganz ohne Protest durften sich die Herrschaften nicht feiern.

## Verschmutzungen in Bächen:

# Nur eine „optische Auffälligkeit“

Unsere Fraktion hatte im Rahmen der Stadtpolitik bei der Stadtverwaltung eine Anfrage zu den immer wieder vorkommenden Ausspülungen von Feststoffen in den Gundbach und Ge-



räthsbach bei Regenwetter an den Regenüberläufen\* gestellt. Dabei wollten wir Informationen zu Überlegungen von eventuellen Gegenmaßnahmen von Seiten der Zuständigen erfahren. Die Antwort von Seiten der Stadtwerke ist aus Sicht des Umweltschutzes ein Unding. In der Antwort heißt es: „... kann es gerade bei sehr starken Regenereignissen zum Austrag von Feststoffen (z.B. Toilettenpapier) kommen. Hierbei handelt es sich aber primär um eine optische Auffälligkeit“. Es wurde im Fachausschuss zusätzlich berichtet, es würden die Ausläufe nach Regenereignissen kontrolliert und die Ausspülungen gesäubert. Nach den geltenden Richtlinien und Satzungen dürfen keine Fest- und Faserstoffe aus einem Regenbecken in ein Gewässer abgeschlagen werden. Eine solche Verharmlosung ist absolut nicht in Ordnung. Wenn es bei einem Starkregenereignis zum Abschlag von Niederschlagswasser kommt, fließen sehr große Mengen ab. Das bedeutet bei Ausspülungen von Feststoffen werden diese recht weit im Bach weiterspült, bis sie irgendwann

in Mönchbruch (Naturschutzgebiet) ankommen. Sie bleiben nur zum Teil am Auslaufbauwerk liegen. Diese Feststoffe stellen eine Belastungen und Gefahr für die Umwelt dar. Es ist ein hoher Anteil von Plastik, Gummi und anderen Stoffen, darunter Faserstoffen. Es wird an vielen Stellen in der Welt versucht, Plastik und Kunststoffe mit viel Aufwand und Kosten wieder aus der Umwelt zu entfernen. Hier in unserer Stadt ist es für die Zuständigen der Stadtwerke aber nur eine "optische Auffälligkeit". Eigentlich ein Schlag ins Gesicht anderer Mitarbeiter in anderen Ämtern, Gremien, Vereinen und privaten Organisationen, die die Beseitigung von Umweltverschmutzungen organisieren und durchführen.

*\*Regenüberläufe sind Entlastungseinrichtungen. Bei Starkregen kann das mit einem großen Teil Regenwasser verdünnte Abwasser ablaufen, das sonst den Kanal überlasten würde. Oft sind Regenüberlaufbecken vorgeschaltet.*

*In diesen Becken werden Feststoffe zurückgehalten. Es geht hier um die Regenüberläufe nach den Regenüberlaufbecken am Schwimmbad Mörfelden und am Pumpwerk „altes Klärwerk“ Walldorf.*

Den folgenden Artikel entnehmen wir der UZ, Zeitung der DKP. Er dürfte besonders für die Einwohner der Mörfelder Altstadt von Interesse sein, aber auch für Bewohner anderer von nächtlichem Lärm geplagten Stadtviertel. Zeigt er doch, dass die Polizei keineswegs, wie oft bemängelt wird, "nichts tut" oder "nicht kommt". Sie hat vielmehr mehrere Millionen Euro in die Hand genommen, um den Schutz der Einwohner zu verbessern. Vorerst nur für die Bundespolizei, aber wir sind sicher, dass Hessen bald nachziehen wird. Mit dem "Survivor R" gegen nächtliche Krakeeler und lärmende Lachgasschnüffler – da soll einer noch sagen, es werde nichts für uns getan. ....

## "Angriffsvektor" gegen Polizeipanzer



„Der ‚Survivor R‘ verfügt über eine ideale Kombination aus urbaner Mobilität, Schutz und Nutzlast“, so bewirbt der Rüstungskonzern Rheinmetall den Panzerwagen, der „modernen Einsatzkräften eine optimale Unterstützung in allen relevanten Einsatzgebieten“ bieten soll. Toll, was die Karre alles hat: neben 340 PS und einem leicht zu reinigenden Innenraum ist der „Survivor R“ sogar „serienmäßig mit einer Schutzbelüftungsanlage gegen atomare, biologische und chemische Kampfstoffe“ ausgestattet. Genau das Richtige für den Polizeialltag, dachte sich der ehemalige Innenminister Horst Seehofer (CSU) und gab gleich mal 55 Panzer in Auftrag – Preis pro Stück: mindestens 500.000 Euro. Doch was ist schon Steuergeld, wenn es um den Schutz der lieben Beamten geht? Denen kann jetzt nichts mehr passieren, zumindest nicht, solange kein wütender Mob mit Sechskantschlüsseln auftaucht. Denn dann ist es Essig mit der schönen Anti-Demo-Strategie: Losschlagen, wegrennen, im Panzer sitzen. Mithilfe des Schlüssels und eines außen am Fahrzeug angebrachten Kippschalters könne nämlich die Motorhaube des Panzerwagens geöffnet werden. Dies lasse sich auch von innen nicht verhindern, wie der Journalist Lennart Mühlenmeier auf

„X“ berichtete: „Die Einsatzkräfte saßen mitunter in einer millionenteuren Falle“. Erfahren hat er das – man will es nicht glauben – beim Tag der offenen Tür bei der Berliner Polizei. Dort erklärte ihm ein Beamter den Panzerknacker-Mechanismus. Mühlenmeier, der von einem „möglichen Angriffsvektor“ gegen den Polizeipanzer schreibt, fragte bei Rheinmetall und allen Innenministerien nach. Hilfreiche Antworten bekam er nicht. Das sächsische Innenministerium bat um Verständnis dafür, dass über „spezifische Details und Funktionsweisen“ keine Auskunft gegeben werden könne. Rheinmetall erklärte laut Mühlenmeier, dass sich diese „Funktionsweise der Mechanik“ nicht bestätigen lasse, was auch immer das heißt. Zudem könnten „aus Sicherheitsgründen keine weiteren Angaben“ gemacht werden.

Vincent Cziesla  
UZ vom 27. Oktober 2023



## Gedanken über Krieg und Frieden



Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall wurde u.a. beschlossen:

"Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen können und dürfen kein Mittel zur Konfliktbewältigung sein. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung mit allen Mitteln für Frieden einsetzen. Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz sind nicht verhandelbar. [...] Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. Eine aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands ist auszuschließen, die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen. [...] Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten. Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst einen schnellen Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine einseitige Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien 'Sieg' oder 'Niederlage' ist der falsche Weg."

Das ist ein guter und wichtiger Beschluss. Warum? Die Zeit vergeht schnell und man wird schnell "Zeitzeuge". Wir Älteren berichten an vielen Stellen über die Vergangenheit, über Faschismus und Krieg. Wir mahnen: Die Kriegsflagge, die der deutsche Faschismus in die Welt getragen hatte, kam zurück. Im Herbst 1943 sanken fast ganz Oberrad und weite Teile des Frankfurter Ostends in Trümmer. Ein halbes Jahr später geschah die Vernichtung Frankfurts. Darmstadt traf das Verhängnis am 12. September 1944. Ich erinnere immer wieder daran – als Warnung und Mahnung: Nie wieder Luftschuttsirenen, nie wieder Bombennächte, nie wieder Krieg! Nirgendwo auf der Welt!

Rudi Hechler

# GEGEN DEN WEITEREN AUSBAU DES FLUGHAFENS

## "Profit für Fraport, Lärm und Dreck für die Region, Klimakatastrophe für die Welt."

Am 20.10.2023 fand anlässlich des 12. Jahrestags der Eröffnung der Landebahn Nordwest am Flughafen, Terminal 1 eine Protestkundgebung statt. Die Rede hielt Dr. Horst Bröhl-Kerner, BI gegen Fluglärm Raunheim. Wir veröffentlichen hier einige Auszüge; die komplette Rede findet man im Internet unter [flughafen-bi.de/Archiv/2023/231020\\_BBI-Kundgebung\\_Rede.pdf](http://flughafen-bi.de/Archiv/2023/231020_BBI-Kundgebung_Rede.pdf)

Schauen wir 90 Jahre zurück. 1933 beschloss das Nazi-Regime, gerade frisch an die Macht gebracht, schon länger existierende Pläne für einen „Weltflughafen Frankfurt“ nun zügig umzusetzen, natürlich schon von Anfang an mit Blick auf die künftige militärische Bedeutung der Luftfahrt. Schon 1934 begannen die Rodungen im Stadtwald. Mit Formalia wie Baugenehmigungen etc. hielten sie sich nicht auf, sie hatten die Macht, und sie missbrauchten sie auf jede erdenkliche Weise, bis hin zum Einsatz von Zwangsarbeiterinnen für den Bau einer neuen Bahn. Aber dieser Teil der Geschichte des Flughafens endete 1944 unter den Bombentrippen der Alliierten.

Nach dem Krieg richtete zunächst die US Air Force dort eine Basis ein, die sie bis 2005 betrieb. „Gateway Gardens“ und die massive Verseuchung des Grundwassers erinnern heute noch daran. [...] Vor 55 Jahren, 1968, wurde ein erster Beschluss dazu vorgelegt. Der Ausbau sollte zwei Schritte umfassen: Eine Verlängerung und Verlagerung des Parallelbahnsystems nach Westen, und eine neue Startbahn senkrecht dazu ebenfalls im Westen, mitten im Bannwald.

Dieser Beschluss wurde noch im gleichen Jahr vom Gericht wieder aufgehoben, und es dauerte 10 Jahre, bis aller juristischer Widerstand überwunden war. 1980 war auch der Planfeststellungsbeschluss für die Startbahn West letztinstanzlich bestätigt, und der Bau wurde umgehend im wahrsten Sinne des Wortes durchgeprügelt gegen den größten und vielfältigsten Widerstand, den es bis dahin in der

BRD gegen ein Bauprojekt gegeben hatte. [...] Als 2003 die Planunterlagen für die A380-Wartungshalle, die Landebahn Nordwest und das Terminal 3 vorgelegt wurden, wurden sie zwar juristisch ebenso zerpfückt wie die Unterlagen 35 Jahre zuvor, aber der Widerstand auf der Straße erreichte nicht mehr frühere Dimensionen. Was lässt sich aus dieser Geschichte lernen? Die grundlegende Lektion ist eigentlich trivial, muss aber dennoch immer wieder betont werden: Von jedem Ausbauschritt profitieren einzig und allein Fraport, die Airlines und einige andere, die an oder mit dem Flughafen Geschäfte machen. Die Bevölkerung der Region verliert immer und überall. Sie verliert durch den Verlust wertvoller Waldgebiete und durch die zunehmende Schadstoff-Belastung, die insbesondere bei den Stickoxiden ohnehin viel zu hoch ist. [...]

Politisch geht es derzeit allerdings in eine andere Richtung. Wir haben zwar wieder einen Klimakanzler, sogar einen Klimaschutzminister, und auch

einen Verkehrsminister, der zumindest an seinen besseren Tagen über Klimaschutz reden kann, als verstünde er, worum es dabei geht. Dieses Dreigestirn hat vor einigen Wochen zur sog. „3. Nationalen Luftfahrtkonferenz“ nach Hamburg eingeladen. Dort durften die führenden Manager der Luftfahrtindustrie ihre tollen Innovations-Pläne vorstellen, und die drei versicherten ihnen, dass die Regierung sie voll unterstützen und Milliarden an Subventionen dafür bereitstellen wird. Klimaschutz soll dabei nur vorkommen, soweit er wirtschaftlich ist und die Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Dass das verfassungswidrig ist, wissen sie, aber es scheint sie nicht zu stören. [...]

Das alles in die Köpfe zu bringen, ist anstrengend und mühsam, und niemand kann garantieren, dass wir Erfolg haben. Mir fällt dazu auch nur ein Zitat ein, das häufig Bert Brecht zugeschrieben wird: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Also: machen wir weiter.





## Landtagswahlen in Bayern und Hessen: Die Jugend hat verloren

Die AfD geht als größte Gewinnerin aus den Landtagswahlen in Hessen und Bayern hervor. Am Sonntag, den 8.10. konnte sie in Hessen 5,3%-Punkte und in Bayern 4,4%-Punkte hinzugewinnen. Als Wahlsieger gelten auch CDU und CSU. Sowohl in Bayern als auch in Hessen zeigt sich ein ähnliches Bild: Rechte und Konservative gewinnen, während die Ampelparteien verlieren. Kein Wunder bei den Märchen, die uns SPD, Grüne und FDP zur Bundestagswahl aufgetischt haben.

Die Linke ist bei den Wahlen in Hessen aus dem Landtag geflogen und ist nun in keinem westdeutschen Flächenland mehr im Landtag vertreten. Dies ist auch Folge dessen, dass die Linke kaum noch als Alternative wahrgenommen wird. Stattdessen weichte sie zuletzt bspw. ihre Friedenspositionen immer weiter auf, stellt sich nicht

mehr klar gegen die NATO und fordert in Thüringen mittlerweile sogar Waffenlieferungen. Nachdem die Linke nicht mehr im Landtag sitzt, fehlt nun leider jede ernsthafte Opposition im hessischen Landtag.

Das Ergebnis zeigt: Die Menschen sind frustriert durch leere und falsche Versprechungen. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Ampelregierung wird am Wahlergebnis überdeutlich: Bildungskrise, Armut, das Gesundheitssystem steht kurz vor dem Kollaps, Wohnen ist so teuer wie nie, die Infrastruktur ist kaputtgekurzt. Deutschland ist für alle offensichtlich eine aktive Kriegspartei. Wirtschaftskrieg treibt die Inflation und raubt die letzten Ersparnisse. Bei vielen reicht das Geld schon lange nicht mehr bis zum Monatsende. Ergebnis der Verarmungspolitik der

Ampel ist Zuspruch für AfD und CDU. Wenn jetzt erzählt wird, alle Demokraten müssten sich gemeinsam gegen die AfD stellen, dann wird verschwiegen, wer die AfD groß gemacht hat. Dann wird verschwiegen, dass auch die Ampel mit der Krisenverordnung der EU gegen Geflüchtete hetzt, sie im Mittelmeer sterben lässt und als Sündenbock nutzt. Dann wird verschwiegen, dass das Problem der großen Parteien mit der AfD eben nicht ist, dass sie eine Partei der Monopole ist, die bspw. die Steuern für Reiche senken und die Mietpreisbremse abschaffen möchte.

Die Jugend, die arbeitenden und lernenden Menschen haben bei diesen Wahlen verloren: Die Armut wird weiter steigen, Schulen werden weiter vergammeln, das NATO-Hauptquartier wird nicht in Frage gestellt und weder NSU noch NSU 2.0 aufgeklärt werden. Die DKP, die in Hessen angetreten ist, konnte ihr Ergebnis fast verdoppeln und mehr als 2000 Stimmen erhalten. Sie machte aber vor allem eins klar: Für eine Veränderung reicht kein Kreuz auf dem Wahlzettel, dafür muss man selbst aktiv werden.

**Aus: [sdaj.org/position/](https://sdaj.org/position/)  
Magazin der **SDAJ**  
**POSITION****

Donner(stag) für gute Kitas  
SOS Kitas  
Gemeinsam stark für gute Kitas!  
Ab 19.10.2023  
bundesweite Mahnwachen  
ES DONNERT  
IN DEN KITAS!  
Kinder und Beschäftigte gefährdet!

Gestern (19.10.2023) war Donnerstag, für unsere Kolleg\*innen aus dem Sozial- und Erziehungsdienst der Tag, an dem es donnert: Sie machen wöchentlich mit Mahnwachen vor Ministerien, Staats- und Senatskanzleien und auch gegenüber der Bundesregierung auf die dramatische Situation in Kitas aufmerksam und fordern Lösungen. Der Arbeitskräftemangel ist mittlerweile so zugespitzt, dass Kinder und Beschäftigte gleichermaßen gefährdet sind. „Die Personaldecke in den Kitas ist inzwischen so dünn, dass weder für Eltern noch für die Kinder ein verlässliches Angebot stattfinden kann. Die Kolleginnen und Kollegen sind froh, wenn Kinder und Beschäftigte den Tag heil überleben. Das kann so nicht weitergehen und das werden die Kita-Beschäftigten jetzt mit ihren Mahnwachen deutlich machen“, erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Noch bis Weihnachten sollen die Aktionen gehen und die Kolleg\*innen freuen sich über solidarische Unterstützung der Mahnwachen.

(Quelle: Newsletter ver.di)

# Parlament kommt von "parlare" (aber nicht bei uns...)

Die Stadtverordnetenversammlung, von vielen "Stadtparlament" genannt, hat sich mit den Stimmen von Grün-Schwarz (und der "Oppositionspartei" SPD) mehrheitlich eine neue Geschäftsordnung verpaßt. Warum? Nun, "Parlament" kommt von "parlare", dem lateinischen Wort für "sprechen". Und genau das soll eingeschränkt werden. Zukünftig soll die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nur maximal 4 Stunden dauern.

Jede Fraktion bekommt ein "Grundkontingent" von 20 Minuten. Die restliche Redezeit wird nach Fraktionsstärke auf die Fraktionen verteilt. Noch dazu sollen die Themen nicht mehr im Plenum der Stadtverordnetenversammlung, sondern in den Ausschüssen diskutiert werden. Das Plenum behandelt dann nur noch fertig ausgearbeitete Vorlagen der

Fachausschüsse. Hat ein Ausschuss keine entscheidungsreife Vorlage geliefert, wird das Thema nicht wie bisher im Plenum diskutiert, sondern auf die nächste Sitzungsrunde vertagt. Im Klartext heißt das: (1) Die Oppositionsfraktionen haben weniger Redezeit als die Fraktionen der grün-schwarzen Rathaus-Koalition, (2) Die Debatten verlagern sich in die Ausschüsse. Die sind zwar öffentlich, werden aber nicht auf Video aufgezeichnet. Die nach vielen Debatten eingeführte Mög-

lichkeit, eine Stadtverordnetenversammlung als Video im Internet zu verfolgen, wird dadurch ausgehebelt, weil die wichtigsten Debatten ja nicht mehr im Plenum stattfinden. Bleibt noch die Frage, warum ausgerechnet die SPD dem zugestimmt hat und der ehemalige Stadtverordnetenvorsteher Werner Schmidt sogar noch eine Rechtfertigungsrede gehalten hat. Das ist einfach zu beantworten: Ein Redefreies "Parlament" war schon



immer sein Traum. Während der Coronazeit, als die SPD sich noch mit Freien Wählern und FDP die Macht teilte, gab es das "Ermächtigungsgesetz" (§51a HGO). Dadurch wurde es während der Pandemie möglich gemacht, Beschlüsse anstelle des Stadtparlamentes durch einen Ausschuss fassen zu lassen, noch dazu im "Umlaufverfahren" unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die damalige Koalition nutzte die Gelegenheit sofort. Originalton Werner Schmidt:

"Es ist der Öffentlichkeit kaum vermittelbar, wenn Menschen auf der Straße 2 m Abstand halten sollen, Geschäfte geschlossen sind, Vereine ihre Aktivitäten einstellen, Konzerte und Veranstaltungen abgesagt werden und Millionen von Menschen in Kurzarbeit sind, dass ausgerechnet die Gremien der Stadt Mörfelden-Walldorf sich unbedingt in voller Stärke physisch treffen müssen, um dann in stundenlangen Redeschlachten

sich auszutauschen. Wobei noch zu entscheiden ist, ob dies mit oder ohne Mundschutz erfolgen soll." Das Wort "Mundschutz" las sich hier unwillkürlich wie "Maulkorb". Wir sagten dazu im Dezember 2020:

"Kaum hatte er das geschrieben, ließ er sogleich folgenreiche Beschlüsse, von denen er wusste, dass sie in der Bevölkerung nicht gut

ankommen würden, unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Umlaufverfahren von einem kleinen Ausschuss fassen. Und das, obwohl er die Möglichkeit gehabt hätte – rechtlich und technisch – das gesamte Stadtparlament als Videokonferenz tagen zu lassen, und der Öffentlichkeit per Livestream die Teilhabe daran zu ermöglichen.

Dass ein Stadtverordnetenvorsteher notwendige Debatten über strittige Themen als "stundenlange Redeschlachten" abtut, ist schlimm und macht ihn für diesen Posten eigentlich ungeeignet. Parlamentarische Debatten sind ein Kerninhalt der Demokratie.

Diese höhnische Bemerkung ist nicht sehr weit entfernt von dem abschätzigen Wort "Schwatzbude", mit dem einst Kaiser Wilhelm II und später die Nazis das Parlament verunglimpften. Das ist 75 Jahre nach Kriegsende eine beängstigende Auferstehung antidemokratischen Gedankengutes."



Demonstration am 25.11. in Berlin

**NEIN**  
**Zu Kriegen**

Auftaktkundgebung 13 Uhr, Brandenburger Tor (Westseite)

# Stadtgeschichten



Dhyhan Chand, Captain des indischen Feldhockeyteams, Goldmedaillengewinner der Sommerolympiade 1936 in Berlin

Die Brücke trägt den Schriftzug "Mörfelden", davor ein Ausfahrtsschild. Wir stehen genau an der Stelle, wo heute eine 4-spurige Brücke mit der B 486 nach Langen die heute achtspurige Autobahn A5 überquert. Am 19. Mai 1935 war die erste Teilstrecke Frankfurt - Darmstadt mit einer Länge von 22 km eingeweiht worden. Hitler war damals persönlich mit großem Gefolge erschienen; es wurde ein Kult um die "Straßen des Führers" betrieben. Die Autobahnen waren aber nichts Neues. Es gab sie schon lange in anderen Ländern. Neu war nur das Brimborium, mit dem die Nazis bemäntelten, dass sie die Arbeitslosigkeit nur scheinbar beseitigt hatten – die Straßenbauer des "Reichsarbeitsdienstes" waren dienstverpflichtet und arbeiteten für 50 Pfennige am Tag, zuzüglich freier Verpflegung. Eigentlicher Nutznießer waren die Kriegsplaner der Wehrmacht. Interessiert hat uns das einsame Auto am Rand der kaum befahrenen Autobahn. Es trägt das Nationalitätskennzeichen "BI", das damals für "British India" stand. Wie kam es hierher? Es gibt nur Vermutungen: Eine davon ist, dass es mit der Sommerolympiade 1936 in Berlin zu tun hatte. Damals besiegte das Feldhockeyteam der britischen Kolonie die deutsche Mannschaft im Endspiel und erhielt die Goldmedaille. Der Mannschaftskapitän Dhyhan Chand, Korporal in der britisch-indischen Armee, wurde daraufhin zum "Führer" eingeladen, der ihm allen Ernstes anbot, mit Offiziersrang in die Wehrmacht einzutreten. "Sie wissen, wie man einen Sieg für seine Seite erzielt". Dyan Chand lehnte ab: "Wie gering mein Rang auch sein mag, ich bin Inder und Indien ist meine Heimat. Ich ziehe es vor, ein armer Korporal inmitten meines eigenen Volkes zu sein." Chand verstarb 1979 74-jährig als hochgeehrter Nationalsportler. Sein Denkmal steht auf einem Hügel bei seiner Heimatstadt Jhansi im Bundesstaat Uttar Pradesh. Ob das einsame Auto mit dem britisch-indischen Kenzeichen etwas mit dieser siegreichen Olympiamannschaft zu tun hatte? Wir wissen es nicht. Aber möglich wäre es durchaus.



## MöWandelBAR Dienstag, 28.11.2023 19:00 Uhr

Du fragst dich, welche Art von Wandel es hier vor Ort braucht? Die MÖWandelBAR soll ein positiv konstruktiver Ort sein, um in einen Dialog zu kommen, sich inspirieren zu lassen und auszutauschen. So gibt es an jeden 4. Dienstag im Monat einen öffentlichen Raum, an dem sich alle MÖWandelinteressierte:n unkompliziert treffen und vernetzen können.



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe

Mehr Infos:



## Unser Lexikon

### Schbrisch

De ganze Daach  
hockt mer uff de  
Awweit erum, un  
dehaam kennt mer  
so viel schaffe.